

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbahrung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Janowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 313 A

BERLIN • Freitag, den 3. Februar 1933

2. JAHRGANG

Her mit der Roten Eisernen Front!

Rote Front und Eiserner Front verboten!



F. G. „Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökelt auf einige Jahre“. Das gilt auch für die Fackelzug-Begeisterung der Hitler-Anhänger. Also schnell noch einmal zum kürzesten Termin gewählt!

Aus mancherlei Umständen kann geschlossen werden, daß die Auflösung des Reichstages ein Verlegenheitsprodukt der Regierung Hitler ist. Auf die sehr konkreten Fragen des Zentrums wird Hitler keine konkreten Antworten geben. Denn es wird gemeldet, daß der Reichskanzler in seinem Antwortschreiben an Kaas den Standpunkt vertritt, „daß die Stel-

Mehrheit ohne das Zentrum in diesem Wahlkampf gewinnt, ist mindestens sehr zweifelhaft. Aber vielleicht will Hitler während des Wahlkampfes die KP verbieten, um auf dem Wege vielleicht der völligen Ausschaltung der KP aus dem Wahlkampf sich eine Mehrheit zu verschaffen.

Schon bei dieser Erwägung zeigt sich, wie nötig es ist, daß die KPD mit der SPD von vornherein ein festes Wahlbündnis schließt, um auch gegen solche heimtückischen Eventualitäten gerüstet zu sein, durch einfache, vernünftige Maßnahmen.

Die Notwendigkeit einer Einheitsfront zeigt sich um so gebieterischer, als auch der Unterdrückungsfeldzug des Polizeipräsidenten sowohl gegen KP als auch gegen SP gerichtet ist.

Mit „traumwandlerischer Sicherheit“ . . .

Rpt. Eine ökonomische Kritik an Hitlers Regierungskundgebung kann nur eine Kritik an Andeutungen sein. Denn mehr als Andeutungen hat der braune Kanzler nicht gemacht, der nach seinen eigenen Angaben ein fertiges Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in seinem Schreibtisch liegen hat. Wir vermuten, daß er jenes Programm deshalb noch nicht der Öffentlichkeit preisgeben darf, weil es erst noch von dem Wirtschaftsdiktator Hugenberg durchgesehen und korrigiert werden muß. Der Rotstift des oberkapitalistischen Zensors wird da ein weites Tätigkeitsfeld finden!

In Hitlers Regierungskundgebungen ist von vier Jahren die Rede; innerhalb deren die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Not der Bauern überwunden werden soll. Gut und schön! Doch was soll innerhalb dieser Frist geschehen? Wir hören vorläufig nichts als zwei Schlagworte: Arbeitsdienst und Siedlung.

Arbeitsdienst.

Unterrichten wir uns über den Arbeitsdienst, wie Hitler ihn auffaßt, an erster Quelle. Lesen wir nach in der Programmschrift: „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ von Gottfried Feder (7. Auflage, 88. bis 89. Tausend, 1932). Vom Inhalt dieser Schrift kann Hitler sich nicht so leicht losmachen; denn in einem „Begleitwort“ hat er über die Schrift Feders ausdrücklich geschrieben: „Das Schrifttum unserer Bewegung hat damit seinen Katechismus bekommen.“

In diesem Katechismus heißt es auf Seite 68: „Wir erblicken in dem Gedanken der Arbeitsdienstplicht einen vollwertigen Ergänzungsgedanken zum Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht.“ — Der als Reichskommissar für Arbeitsdienst laut „Völkischem Beobachter“ in Aussicht genommene nationalsozialistische Oberst Hierl wird für eine entsprechende Durchführung des Arbeitsdienstes sicher Sorge tragen!

Was bedeutet aber der Arbeitsdienst ökonomisch? Auch darüber gibt der Katechismus genaue — eine für den Reichskanzler Hitler peinlich genaue — Auskunft: „Gerade das Unternehmertum im guten Sinne wird eine solche Einrichtung begrüßen und keineswegs als Konkurrenz auffassen. Eine Konkurrenz kann ein solches Heer der Arbeit schon um deswillen nicht sein, weil erfahrungsgemäß jede produktive wirtschaftliche Betätigung des Staates zu stark mit dessen Beamtenapparat belastet sein muß, weil das Einstellen und Einlernen der jungen ungeübten Kräfte zu viel Nutzeffekt aufweist.“ (Seite 68.)

Kurz: Laut Katechismus handelt es sich nicht um eine wirtschaftspolitische, sondern um eine wehrpolitische Maßnahme.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kommt der Arbeitsdienst nur insofern in Frage, als er freie Arbeiter vom Arbeitsmarkt dadurch wegnimmt, daß er sie in Arbeitsklaven des Staates verwandelt. Bleibt die peinliche Frage: Wer bezahlt das Ganze? Auf solche Fragen gibt der Katechismus in Felddruck auf Seite 113 die Auskunft: „Alle großen staatlichen Neuschöpfungen finanziert der Staat kraft seiner Finanzhoheit und nach Genehmigung durch die Volksvertretung unter strengster Vermeidung des Anleiheweges durch direkte Bereitstellung der Mittel im Wege des bargeldlosen Ueberweisungsverkehrs oder durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine.“

Kurz: Der Staat zahlt das Ganze mit Hilfe von Notendruck.

Auf die Einzelheiten des Feder-Planes gehen wir hier deshalb nicht ein, weil wir vermuten, daß der Wirtschaftsdiktator den Katechismus des „Führers“ in diesem Punkt sofort außer Kraft gesetzt hat. Hugenberg wird es klüger anfangen!

Und Siedlung?

Daß Hitler Siedlung als Mittel zur Besserung der Wirtschaftslage nennt, nimmt nicht Wunder. Denn wer fordert heute in Deutschland nicht Siedlung? Keine Forderung ist seit Jahren in Deutschland in so vielen Parteiprogrammen von links bis rechts verankert worden wie gerade die Siedlung. All diese schönen Programme blieben bloße Makulatur; denn gegen sie richtete sich die noch immer stärkste politische Macht in Deutschland: die ostelbischen Junker.

Zur Siedlung braucht man Land. Dieses Land kann in Deutschland außer von Staatsdomänen nur vom Großgrundbesitzern genommen werden. Beim Konkurs großer Güter fällt Siedlungsland an. Solche Konkurse und solches Frei-

Mordsturmführer wird im Dom aufgebahrt.

Der in der Nacht zum Dienstag in Charlottenburg erschossene Polizeioberwachmeister und der SA-Mann Makowski werden, wie die Beamten-Korrespondenz mitteilt, am 4. Februar, von 9.30 bis 18.00 Uhr, im Berliner Dom aufgebahrt. Beide erhalten ein Staatsbegräbnis, und beide erhalten eine Ehrenwache der Berliner Schutzpolizei. Am Sonntag, dem 5. Februar, findet im Berliner Dom für beide eine Trauerfeier unter Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und kommissarischen Staatsregierung statt. Anschließend daran werden beide nach dem Luisenstädtischen Friedhof in der Bergmannstraße überführt, von wo der Polizeibeamte nach seiner schlesischen Heimat im Auto weiter überführt

wird. Für die gesamte Berliner Polizei wird, soweit möglich, Dienstbefreiung gewährt.

Diese Provokation der gesamten ordentlichen Bevölkerung, den berüchtigten Mordsturmführer durch ein Staatsbegräbnis zu ehren, kann man nicht anders deuten, als daß hier die Arbeiterschaft so auf die Probe gestellt werden soll, daß ihr beim besten Willen kaum noch der Geduldsfaden halten kann. Daß die Kirche ihr wichtigstes Gebäude zur Aufbahrung dieses Mordführers hergibt, ist ihre Sache und nötigt hoffentlich den letzten Arbeiter, diesen Verein zur Begünstigung nationalisten Interessen zu verlassen.

lung der 15 Fragen durch die Zentrumsfraktion von vornherein eine Ablehnung der vom Kanzler an die Zentrumsvertreter gerichteten Frage bedeute,

„ob sie eine Vertagung des Reichstages von einem Jahr hinnehmen würden“.

Auch aus dem Aufruf der Reichsregierung (den wir an anderer Stelle bringen) ist bei aller Länge als Antwort auf diese Fragen nichts zu entnehmen. Dieser Aufruf ist ein echter Hitlerscher Erguß von Ehre, Treue, deutschem Gott und Vaterland mit Fackelschein.

Neben der bei Hitler selbstverständlichen „Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands“, will „die nationale Regierung“ nach undeutschem Vorbild „mit zwei großen Vierjahresplänen“ die „Rettung des deutschen Bauern“ und die „Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit“ durchführen. Es wird weniger versprochen als vielmehr befohlen: „Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.“

Das, was vernünftige Menschen einen Plan nennen, nach dem man also kontrollieren könnte, ob eine Aussicht besteht, daß das gewiß erstrebenswerte Ziel der Regierungserklärung — die Rettung des deutschen Arbeiters und Bauern aus der Krise — erreicht werden kann — ein solcher Plan wird in der ganz ausführlichen Predigt des Chefs der deutschen Reichsregierung nicht vorgelegt. Wir vermuten deshalb, daß diese Regierung einen solchen Plan gar nicht hat, sondern daß sie die willkürlich herausgegriffenen vier Jahre nur benutzen möchte, um unausbleiblichen Enttäuschungen ihrer Anhänger durch den Hinweis zu entgehen, daß ja die vier Jahre, die sie sich zur Rettung ausbedungen habe, noch längst nicht vorüber seien. Mag sein, daß dabei auch der Gedanke mitspricht, daß, da ja alle Wirtschaftskrisen schließlich, wie alles andere, einmal ein Ende gefunden haben, auch diese schließlich auf die eine oder andere Weise zu Ende gehen würde und dann Herr Hitler und seine Freunde mit wohlgefälligem Schmunzeln sagen könnten: Das ist unser Werk!

Zunächst wird jedenfalls erst mal gewählt am 5. März, bis dahin wird die Begeisterung wohl reichen — meint Hitler offenbar. Diese Spekulation kann richtig sein. Aber damit ist nur ein vorläufiges Ausweichen vor der Verantwortung der Fragen gewonnen. Daß die Regierung Hitler, Papen-Hugenberg eine parlamentarische

Daß Hitler seine Wahlstimmen und seine Mandate im Reichstag vermehrt, ist möglich, aber nur auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien, vor allem vielleicht der Deutschnationalen. Damit würden sich die Gegensätze im Regierungslager sicher verschärfen.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Zeit der Wahlen benutzt wird, um durch Terrormaßnahmen die Wahl zu beeinflussen, oder gar die Aussetzung der Wahlen auf diese Weise herbeizuführen.

Mögen es nun Schwierigkeiten innerhalb der Harzburger Front sein, die dazu geführt haben, daß der Reichstag aufgelöst wurde, weil in der überstürzt zustande gekommenen Regierung bis zur Stunde keine Einigung über die Grundzüge eines gemeinsamen Regierungsprogramms erreicht wurde, oder mag Hitler in der Hand Hugenburgs zu viel Macht vereinigt sehen und eine Revision dieser Machtverteilung herbeiführen wollen —

Hitler unmittelbar am Staatsapparat zu wissen, ist Gefahr genug für die Arbeiterschaft, die Kraft der Arbeiterklasse in einer geschlossenen Front zu konzentrieren, um allen Situationen gewachsen zu sein.

Konkret gesprochen, heißt das für den bevorstehenden Wahlkampf:

SPD und KPD müssen einen Nichtangriffspakt schließen.

Das ist das Mindeste, was jetzt zu geschehen hat. Darüber hinaus müssen für den Wahlkampf Vereinbarungen getroffen werden über den rationellsten Einsatz finanzieller und physischer Kraft. Dem geschlossenen Wahlkampf der Reaktion muß die Geschlossenheit der Arbeiterfront mindestens entsprechen und die intensivste persönliche Werbe- und Aufklärungsarbeit muß die Illusionen über die Hitlererei aus den Köpfen wenigstens der Arbeiter beseitigen.

Die Führung eines solchen Wahlkampfes ist auch die beste Vorbereitung einer unüberwindlichen „Roten Eisernen Front“ in den kommenden außerparlamentarischen Kämpfen.

Dies betonen wir besonders denen gegenüber, die vielleicht mit Geringschätzung auf den bevorstehenden Wahlkampf sehen, weil sie meinen, Hitler werde sich nicht um die parlamentarischen Entscheidungen kümmern, und die deshalb unsere Vorschläge für einen Ausfluß von parlamentarischem Kretinismus halten.

werden von Siedlungsland wurden bisher durch ein kompliziertes System von Maßnahmen so gut wie völlig verhindert. Schleicher hat trotz des Protestes der Junker eine Lücke in diesem System gelassen. Er gab den von der Osthilfe als sanierungsunfähig bezeichneten Gütern keinen Vollstreckungsschutz (keinen Schutz gegen den Besuch des Gerichtsvollziehers und gegen Zwangsversteigerungen). Ueber diese Weigerung und über seinen verschiedenen Siedlungsplänen ist er, ähnlich wie Brüning, gestürzt. Es war also nicht zu erwarten, daß Hugenberg nun den Konkurs von großen Gütern und damit das Freiwerden von Siedlungsland beschleunigt!

Und richtig! Hugenberg erklärte bereits nach kaum zweitägiger Regierungszeit bei einem Empfang von Graf Kalkreuth, dem Präsidenten des Reichslandbundes, und Dr. Brandes, dem Vorsitzenden des Reichslandwirtschaftsrates, laut Meldung von Hugenberg's Telegraphen-Union, daß er den schon im Dezember 1930 für die östlichen Provinzen von ihm im Reichstag eingebrachten Entschuldungsplan, nachdem nunmehr die landwirtschaftliche Not das ganze Land ergriffen hätte, als Gesetzentwurf für die gesamte Landwirtschaft im Reichskabinett nach entsprechender Anpassung an die veränderte Lage zur Beschlußfassung bringen werde. Die leider (!) zum Teil auf anderen Grundlagen ein-

geleiteten Entschuldungsmaßnahmen im Osten sollten dem generellen Plan angepaßt werden. Für die Zeit, bis zu der das neue Gesetzgebungswerk wirksam werden könne, solle ein Vollstreckungsschutz Platz greifen, über den inzwischen in seiner Unterhaltung mit ostpreussischen Landwirten auch der Reichskanzler Hitler Andeutungen gemacht habe.

Kurz: Die Bereitstellung von Siedlungsland in Deutschland soll weiterhin verhindert werden.

Wo also will Hitler siedeln? Welche Gegend bleibt dafür übrig? Es bleibt statt des Landes in Ostdeutschland das Land östlich von Deutschland! „Zur Erringung seines Zieles darf er auch vor Blut und Krieg nicht zurückschrecken“, also steht geschrieben über „die Eigenschaften des Führers“ im Katechismus. (Seite 31.)

Unter diesen Eigenschaften steht ferner eben dort verzeichnet: „Eine geradezu traumwandlerische Sicherheit bei allen seinen Entschlüssen müssen ihn auszeichnen.“ (Seite 30.)

Der Diktator Hugenberg wird also gut tun, seinen vielfältigen Einrichtungen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung eine besondere Abteilung zur Beeinflussung des traumwandlerisch sicheren Führers anzugliedern. Auf ein Zeitungsincarnat hin melden sich gewiß genügend ausgebildete Hypnotiseure!

Gefährlicher Beginn des neuen Jahres.

Bérenger, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats, und Messimy, der Vorsitzende des Heeres-Ausschusses, haben am Mittwoch in ihren Ausschüssen Erklärungen über die augenblickliche Lage abgegeben.

Bérenger sagte, daß sich das Jahr 1933 für die französische Außenpolitik sehr gefährlich ankündige. In Europa beunruhige der aggressive Revisionsgeist gewisser Mächte, in Amerika hätte die Kriegsschuldenfrage ernste Meinungsverschiedenheiten heraufbeschworen, und im Fernen Osten gefähre der japanisch-chinesische Konflikt die Entwicklung des französischen Werkes.

Der Vorsitzende des Heeres-Ausschusses betonte, daß die Rüstungsausgaben nicht herabgesetzt werden dürften, solange Frankreich keine ernstesten Sicherheitsbürgschaften erhalten habe. Frankreich müsse sich jeder Schwächung seiner Heeresstärke widersetzen, die nicht mit der augenblicklichen Lage in Einklang gebracht werden könne.

Der Vorsitzende des Marine-Ausschusses bestand darauf, daß die Entwicklung der Kriegsmarine nicht gehindert werden dürfe, da sie einen der Hauptpfeiler der französischen Verteidigung darstelle.

Gleichsam zur Unterstreichung der Feststellung Bérengers, daß das neue Jahr sich gefährlich ankündige, hat der neue Reichswehrminister, von Blomberg, einen

Aufruf an die Reichswehr

erlassen, in dem es heißt:

„Ich übernehme das Amt mit dem festen Willen, die Wehrmacht nach dem Vermächtnis meiner Amtsvorgänger als überparteiliches Machtmittel des Staates zu erhalten, sie durch Förderung aller auf die

Wehrertüchtigung des Volkes

hinzielenden Bestrebungen zu unterbauen und sie in absehbarer Zeit zum

vollwertigen Bürgen der nationalen Sicherheit des Vaterlandes

zu machen.“

Der Platz an der Sonne.

Der „Intrigant“ veröffentlicht ein Interview mit Dr. Funk, dem neuen Leiter der Pressestelle der Reichsregierung, der in seinen Ausführungen über die deutsche Außenpolitik sagte:

„Die Erfüllungspolitik, die wir stets bekämpft haben und die Deutschland immer mehr in das nationale und wirtschaftliche Chaos hineingeführt hat, muß aufgegeben werden. ... Von zuständiger Stelle ist bereits bekräftigt worden, daß die neue Regierung den Wunsch hat, in Frieden und Freundschaft mit der ganzen Welt zu leben und ihre friedlichen Ziele auf friedlicher Grundlage zu verfolgen. Unsere Politik wird nur gegen diejenigen Staaten gerichtet sein, die sich der Verwirklichung der gerechten Forderungen des deutschen Volkes widersetzen. ... Wir eröffnen einen Prozeß gegen Unbekannt und haben als Gegner nur diejenigen, die uns verbieten, daß wir den Platz an der Sonne einnehmen wollen.“

Der Kommissar für Luft-Aufrüstung.

Im „Aeroklub von Deutschland“ hielt Göring, der neue „Reichskommissar für Luftfahrt“, eine Rede, in der er über den Zweck des neuen Amtes u. a. folgendes sagte:

Das neue Kabinett habe bei seiner ersten Sitzung einmütig und eindeutig den Willen zum Ausdruck gebracht, der

Nanking drängt auf Entscheidung.

Die chinesische Regierung hat an den Präsidenten des 19er-Ausschusses des Völkerbundes ein offizielles Schreiben gerichtet, in dem der Antrag gestellt wird, unverzüglich einen endgültigen Zeitpunkt für den Abschluß des Verfahrens und der endgültigen Stellungnahme des Völkerbundes zum japanisch-chinesischen Konflikt festzusetzen. Die chinesische Regierung betont in dem Schreiben, daß sie eine weitere Hinauszögerung der endgültigen Entscheidung angesichts der fortgesetzten japanischen Angriffe als untragbar ansehe. Gegenwärtig seien drei japanische Divisionen mit insgesamt 80 000 Mann zu dem bevorstehenden Angriff und der Besetzung der Provinz Jehol herangebracht worden. Neue blutige Zusammenstöße zwischen den japanischen und chinesischen Truppen ständen bevor. Eine sofortige Entscheidung des Völkerbundes sei unerlässlich.

Politischer Mord in Nanking. Am Mittwoch wurde der Nanking Vertreter der in Schanghai erscheinenden „China Times“, Wang Wei-San, in einem Auto entführt und vor der Stadt erschossen. Die Täter legten neben der Leiche einen Zettel nieder, in dem sie erklärten, daß Wang Wei-San trotz wiederholter Warnungen der Geheimorganisation „Blutbrüder“ weiter mit den Japanern geheime Verbindungen unterhalten haben.

Verschiedene Attentate auf Eisenbahnen sind in der Nähe von Cordoba in Spanien wieder verübt worden. Einige Male wurden Züge zum Stehen gebracht und beschossen. Erneute Zwischenfälle haben sich jedoch nicht ereignet.

deutschen Luftfahrt den erweiterten finanziellen Rahmen zu geben, der

ihrer Bedeutung für die Sicherheit des Volkes

zukomme, und habe sich ausdrücklich bereit erklärt, ein eigenes Hoheitsgebiet für die Luftfahrt zu schaffen. Es gelte im Innern des Landes das Bestehende auszubauen, die zerrissene Kraft des Volkes in der Luftfahrt zur gemeinsamen Arbeit zusammenzuschweißen und

im Auslande die Fesseln

abzustreifen, die der deutschen Fliegerei noch anhafteten.

Die vornehmste Aufgabe des neuen Amtes sei es, im Gedenken an die zahlreichen toten Kameraden auch in der Fliegerei ein Deutschland der Ehre, Würde und Freiheit zu schaffen,

das wiederaufstehen möge, wie es einst gewesen sei.

... es geht nicht um die Frage Auf- oder Abrüstung, sondern es geht um die Sicherheit des deutschen Volkes, die über allem stehen muß.

Vertrauen im Parlament, Mißtrauen im Land.

Die außerordentlichen Vollmachten der belgischen Regierung.

In der belgischen Kammer fand am Mittwoch eine Aussprache über die Steuer- und Zollerhöhungen statt, die die Regierung auf Grund der ihr durch ein Ermächtigungsgesetz ausgestellten außerordentlichen Vollmachten erlassen hat. Die Sozialisten brachten einen Mißtrauensantrag ein, der mit 95 gegen 75 Stimmen abgelehnt wurde. Mit der gleichen Stimmenzahl sprach die Kammer der Regierung ihr Vertrauen aus und ermächtigte sie dadurch zur weiteren Anwendung der außerordentlichen Vollmachten.

Die Sozialisten brachten ferner eine Interpellation ein gegen die Verordnung des „liberalen“ Kriegsministers, Devèze, durch die den Soldaten der Postbezug des sozialistischen Parteiorgans „Le Peuple“ verboten wird. Der Kriegsminister erklärte daraufhin,

die Armee sei nicht so ruhig, wie sie sein sollte, und daran seien die Sozialisten schuld. Durch die sozialistische „Junge Garde“ entfachte die SP aufrührerische Bewegungen im Heer. Zum Beweis verlas der Minister ein Manifest der „Jungen Garde“.

Ein sozialdemokratischer Redner antwortete mit der, für Sozialisten, überflüssig viel entgegenkommenden Erklärung: „Wir sagen den Soldaten: Wenn Ihr das Land gegen einen einbrechenden Feind zu verteidigen habt, so verteidigt es. Aber wenn Euch bei Wirtschaftskonflikten befohlen wird, auf Eure Brüder zu schießen, so habt Ihr den Gehorsam zu verweigern.“

Gefahren beim Streikbruch.

Entgleisung eines Hilfszuges in Irland.

Der Personenzug Dublin-Belfast, der einzige, den die Eisenbahngesellschaft mit Hilfe von Streikbrechern fahren lassen konnte, wurde durch einen Anschlag der streikenden Eisenbahner zum Entgleisen gebracht. Die Lokomotive und zwei Personenwagen stürzten die drei Meter hohe Böschung herab. Der Schaffner und ein Zugwächter wurden getötet, drei Eisenbahnbeamte schwer verwundet. Nur zehn Personen hatten es gewagt, den Zug zu benutzen. Drei von ihnen wurden verletzt.

Infolge dieser Katastrophe wird der Zugverkehr auf der Strecke Dublin-Belfast während der nächsten Tage zwangsweise eingestellt werden müssen. Außerdem wird die Zahl derer, die noch den Mut zu Streikbrecherdiensten haben, wahrscheinlich erheblich sinken. Die Arbeiter gehen sehr energisch gegen jeden vor, der den Streik sabotiert. In Dundalk trafen sie auf einen eben ankommenden Zug, warfen den Führer von der Lokomotive und löschten sofort die Feuer.

Es wird damit gerechnet, daß der Streik auch auf die Gebiete übergreifen wird, in denen er bisher nicht ausgerufen worden ist.

Der Kampf der irischen Eisenbahner hat nicht nur für diese selber eine große Bedeutung. Er zeigt auch den englischen Unternehmern und der Regierung, was ihnen blüht, wenn sie die Lohnsenkungsforderungen gegen die englischen Eisenbahner nicht fallen lassen. Und er zeigt den englischen Arbeitern, wie gut ihre Aussichten in einem offenen Kampf sind, wenn sie ihn so führen wie die irischen Genossen.

Klassenjustiz.

Schwere Strafen für streikende Straßenbahner in Polen

Im Juni 1931 haben die Straßenbahner in Warschau gestreikt zum Protest gegen übermäßige Rationalisierungsmaßnahmen in den Werkstätten. Der Streik ist unterdrückt

Zum ersten Jahrestag der Abrüstungskonferenz wurde dem britischen Ministerpräsidenten, dem Außenminister und den britischen Vertretern in Genf ein Aufruf überreicht, der von 33 Vertretern der Gewerkschaften, Kirchen und verschiedenen religiösen Verbänden unterzeichnet ist und in dem es u. a. heißt:

„Wir sind aufs tiefste enttäuscht durch den unverhältnismäßig geringen Fortschritt, den die Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 gemacht hat. Wir erachten die Abrüstungsvorschläge gewisser Mächte, besonders diejenigen Frankreichs, Englands und Japans, als weit unter den Hoffnungen und Wünschen der Welt und den wirklichen Notwendigkeiten der Lage stehend.“ Weiter wird ausgeführt, daß die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung, die die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz sichergestellt habe, schärfer als je die Wahl zwischen Aufrüstung und Abrüstung unterstreiche. Die unterzeichneten Organisationen und ein großer Teil des englischen Volkes würden die englische Regierung in einer Politik der dringenden internationalen Abrüstung unterstützen, die die Gleichbehandlung nicht durch die Wiederbewaffnung der jetzt den Friedensverträgen unterworfenen Staaten, sondern durch die Abrüstung der schwer bewaffneten Mächte, herbeiführt.

Das Mandat des vorläufigen Völkerbunds-Kommissars in Danzig, Rosting, wurde vom Völkerbundsrat bis zum 15. Oktober 1933 verlängert. Von den Vertretern Englands, Frankreichs und Deutschlands wurde die baldige Einsetzung eines dauernden Kommissars gefordert, die bekanntlich darum auf Schwierigkeiten stößt, weil die polnische Regierung sich weigert, einen Vertreter einer Großmacht auf diesem Posten anzuerkennen.

Inflation in Dänemark.

Wie alle bürgerlichen Zeitungen übereinstimmend mitteilen, muß sich die Bevölkerung jetzt auf eine empfindliche Preissteigerung auf der ganzen Linie vorbereiten. Wie der Vorsitzende des Grossistenverbandes erklärte, werden die Großhandelspreise für Kolonialwaren, Textilien sowie auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch im Laufe dieser Woche ansteigen. Der Brotpreis soll im Februar noch nicht erhöht werden. Wie die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens ankündigt, werden wahrscheinlich auch die Auslands-Telegramm- und Telefongebühren und möglicherweise auch das Briefporto erhöht werden.

Gerüchte, wonach der Innenminister, der der demokratischen Partei angehört, und bisher ein Gegner der Inflationspolitik der Regierung Stauning war, zurücktreten werde, bewahrheiten sich nicht.

Sehr genaue Nachrichten darüber, daß „es im Heer nicht so ruhig ist, wie es sein sollte“, liegen nicht vor. Angeblich sind jedoch in den Kasernen in Gent und Antwerpen Meutereien vorgekommen. Die Unruhe im Heer ist wahrscheinlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die „Truppen“ beim Bergwerkstreik im Sommer und auch bei den Demonstrationen gegen die Regierung, die zum Protest gegen die Friedensmaßnahmen im ganzen Land durchgeführt wurden, gegen die Arbeiter eingesetzt worden sind. In Belgien besteht Militärpflicht, das Heer setzt sich also zum großen Teil aus jungen Arbeitern zusammen, die sich nicht als Bürgerkriegsgarde gebrauchen lassen wollen. Außerdem stehen viele dieser Arbeiter in enger Verbindung zu den Gewerkschaften und sympathisieren mindestens mit der Protestbewegung gegen die reaktionäre Regierungspolitik.

Um die „Disziplin in der Armee aufrechtzuerhalten“ wird der Kriegsminister demnächst mehrere Gesetzesvorlagen einbringen, durch die verschärfte Strafen für Propaganda für Militärdienstverweigerung, Beschimpfung von aktiven Offizieren, Beschimpfung der Nationalflagge u. s. w. eingeführt werden.

Die Regierung fühlt sich offensichtlich, trotz des Vertrauensvotums der Kammer, nicht sehr sicher, da der außerparlamentarische Kampf der Arbeiterorganisationen überall im Lande auf rege Sympathie stößt.

worden, und eine Anzahl von Straßenbahner wurde verhaftet.

Erst am 3. Januar 1933 hat man gegen die „Schuldigen“ eine Gerichtsverhandlung eröffnet.

Auf der Anklagebank saßen 11 Straßenbahner und Werkstättenarbeiter, einige von ihnen bereits arbeitslos. Grund der Anklage war auf

Mitgliedschaft der kommunistischen Partei, die in Polen bekanntlich illegal ist, Propaganda für diese Partei unter den Straßenbahner und Schürung des Klassenhassees gegen die Direktion der Straßenbahnen. Trotz der Beteuerungen der Angeklagten, daß sie mit der kommunistischen Partei nichts zu tun hätten, sondern einzig und allein ihre Arbeitsbedingungen verteidigten, wurden sie zu sehr schweren Strafen verurteilt:

einer zu 5 Jahren, einer zu 4 Jahren, drei zu 3 Jahren und drei zu 2 Jahren Kerker, insgesamt zu 24 Jahren. Die Verteidiger haben Berufung eingelegt.

Der italienische Rüstungshaushalt für das Finanzjahr 1933/34 wurde um ungefähr 15 Prozent auf 2,6 Milliarden Lire (rund 500 Millionen Mark) herabgesetzt.

Die rumänischen Brüder der NS.

Auf dem Hauptboulevard von Bukarest wurde am Mittwoch ein Passant von Faschisten überfallen und so zuge richtet, daß er in sehr ernstem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Grund für den Überfall: Der Betroffene weigerte sich, Blätter der „Eisernen Garde“, der Kampforganisation der Faschisten, zu kaufen.

Explosion auf der Straße.

Die englische Stadt Reading wurde in der Nacht zum Dienstag durch mehrere gewaltige Straßenexplosionen erschüttert, deren Ursache noch nicht festgestellt werden konnte. Große Teile des Pflasters und ein Kabeldeckel wurden meterhoch in die Luft geschleudert. Mehrere 100 Fenster in der Umgebung gingen durch die Explosion in Trümmer.

Der Bürgerkrieg der SA. / 8 Tote.

Ziel: Regierungsmaßnahmen gegen KPD.

Der Terror in Deutschland nimmt rapide zu. Meldungen über politische Schlägerer der Nazis mit Gegnern liegen diesmal vor aus: Berlin, Bochum, Bolkenhain (Schlesien), Breslau, Chemnitz, Duisburg-Hochfeld, Düsseldorf, Essen, Höhr, Homberg (Niederrhein), Kaiserslautern, Liegnitz, Lübeck, Oppeln, Peine, Perleberg (Mark), Wanne-Eickel, Wattenscheid, Werne (Westfalen), Wernigerode, Witten, Wittenberge. Nur auf die wichtigeren Fälle können wir näher eingehen.

Altona. Am Mittwoch wurden auf einige Sozialdemokraten, die sich zu einem Umzug begeben wollten, etwa sechs Schüsse abgegeben. Als Polizei erschien, waren die Täter geflüchtet. Zwei Personen leicht verletzt. (Mitteilung der Polizeipressestelle Altona.)

Berlin-Charlottenburg. In der Nacht zum Donnerstag erstachen Nazis den Kommunisten Schulz aus der Sybelstraße im Lauf eines Wortwechsels. Ein anderer Kommunist wurde leicht verletzt. Polizei traf nur noch den Sterbenden und den anderen Verletzten an.

Duisburg-Hochfeld. In der Nacht zum Donnerstag wurde in der Bachstraße von unbekannter Seite geschossen; die Schützen flohen.

Eine Frau wurde durch die Schüsse getötet.

Gondelsheim (bei Bretten, Bad). Gelegentlich einer kommunistischen Demonstration wurde der Kommunist Verwimp aus Durlach-Aue von Nazis durch einen Schuß verletzt. Er starb noch in derselben Nacht.

Homberg. In einer schweren Schießerei zwischen Nazis und Polizei am Mittwoch vormittag wurden

der Führer der Homberger Landjäger und drei Nazis erschossen.

Die Aktion der Nazis begann mit einem Ueberfall auf einen Lieferwagen der sozialdemokratischen „Volksstimme“. Die Nazis warfen die Zeitungen, die der Wagen geladen hatte, in den Rhein und zwangen den Wagenführer durch Bedrohung mit Revolver, die Nazis zu ihrem Heim zu fahren. Inzwischen hatten sich mehr und mehr Nazis auf den Straßen gesammelt; sie trugen offen Schuß- und Hiebaffen. Da rückten von Hochheide Erwerblose an. Ueber den Fortgang sagt ein Homberger Polizeibericht:

„Heute morgen wurde von der hiesigen Polizeiverwaltung auf Grund der Meldung, daß vom Ortsteil Hochheide kommende Erwerblose an der Grenze von Homberg von Trupps der NSDAP belästigt würden, ein aus Landjägern und kommunaler Polizei zusammengesetztes Kommando an Ort und Stelle entsandt. Dieses Kommando nahm zunächst einen Mann in SA-Uniform fest, der einen Polizeibeamten mit einem Knüttel bedroht hatte. Infolge dieser Festnahme sammelten sich etwa 150 Personen an. Die Polizei versuchte, die Straße zu säubern. Hierbei kam es in der Nähe der Kreuzung Augusta- und Wilhelmstraße zu einer Schießerei, in deren Verlauf der Landjäger Pfließ durch mehrere Kopfschüsse getötet wurde.“

Die Polizei teilte weiter mit, daß die Nazis aus ihrem Heim heraus das Feuer auf die Landjäger eröffnet hätten.

Am Nachmittag holten die Nazis mit Autos Verstärkungen heran, selbst aus Essen. Am Spätnachmittag hat die Polizei die Ruhe erzwungen.

Göring hat seine erste öffentlich bekanntgewordene Amtshandlung als preußischer Innenkommissar vollzogen, indem er „strengste Untersuchung“ der Homberger Vorgänge angeordnet und bis zur Klärung

den Homberger Ortspolizeiverwalter und sämtliche Landjäger, die auf Nazis geschossen haben, vom Dienst hat suspendieren lassen.

Lübeck. Im Anschluß an eine Anrempelung des sozialdemokratischen Redakteurs und Reichstagsabgeordneten Leber durch SA-Leute am Dienstag abend wurde der SA-Mann Brückmann erstochen. Selbst aus dem Bericht der Telegraphen-Union geht hervor, daß es sich um einen nationalsozialistischen Provokationsakt handelt! Leber kam auf der Straße in einen Wortwechsel mit einem ihm persönlich bekannten Nazi. Der lief in ein SA-Lokal.

mobilisierte SA-Leute und verfolgte mit diesen Leber in einem Auto.

In der Auseinandersetzung, die dann mit Leber erfolgte, „fühlte sich einer der SA-Leute bedroht“ und schlug Leber mit dem Schulterriemen ins Gesicht. Reichsbannerleute, die Leber begleiteten, setzten sich zur Wehr;

dabei wurde der genannte Nazi durch einen Stich in die Milz getötet.

Der Staatsanwalt hat die Festnahme Lebers veranlaßt.

Wanne-Eickel. Am Mittwoch drangen 20 bis 25 Nazis in die Geschäftsräume der sozialdemokratischen „Freien Presse“ ein und verlangten die Herausgabe der Auflage. Die Nazis wurden aus dem Lokal gedrängt, sie schossen; verletzt wurde niemand. Diesem Ueberfall soll nach Meldung der Rechtspresse ein Schuß aus einem Hause auf einen Nazi auf der Straße vorausgegangen sein. Dieser Nazi soll einen Halssteckschuß erhalten haben.

Ueber Wernigerode liegt bisher nur ein abenteuerlich anmutender Bericht der Rechtspresse vor. Es hat keinen Sinn, ihn abzudrucken, ehe nicht eine Kontrolle mindestens an Hand eines polizeilichen Berichts möglich ist.

Diese Zusammenstellung dessen, was sich bei vorsichtiger Beurteilung der Meldungen einigermaßen sicher behaupten läßt, zeigt deutlich

die aktive und anstiftende Rolle der SA bei der neuen Terrorwelle. Es ist dringend erforderlich, die Terrorakte gerade dieser Tage einer scharfen Berichterstattung zu unterziehen,

damit der Flut der Tendenzmeldungen, die offensichtlich Handhaben zu scharfen Maßnahmen gegen die KPD liefern sollen, und deren Wirkung durch die Knebelung der kommunistischen Presse unterstützt wird, die Wahrheit entgegengestellt wird.

chers „liberale“ Notverordnung vom 19. Dezember, die von Zeitungen bis zum „Vorwärts“ als eine Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit gefeiert wurde. Nach dieser Verordnung kann eine Zeitung nur dann verboten werden, wenn sie in einem Artikel den Tatbestand des sogenannten Hoch- oder Landesverrats oder des Verrats militärischer Geheimnisse liefert. Den Tatbestand des „Hochverrats“ sehen Hitlers Polizeifunktionäre in der Aufforderung zum politischen Generalstreik. Die Erfahrungen dieser Tage zeigen bereits, daß wir Schleichers in liberalen Gewande auftretende Verordnung richtig beurteilen, wenn wir sie damals als die

„Waffe gegen Revolutionäre“

bezeichneten.

In den liberalen und sozialdemokratischen Blättern regt sich keine Stimme des Protestes gegen die Knebelung der kommunistischen Presse. Das ist eine Schande.

Aus der Partei des Herrn Reichskanzlers. Raubmörder aus der SA.

Während die Uneinigkeit der regierenden Harzburger selbst nach außen in Erscheinung tritt, wurde vor dem Stettiner Schwurgericht ein Prozeß verhandelt, der die Kameradschaft in den unteren Regionen der Harzburger Haufen beleuchtet. Es handelt sich um die

Ermordung des deutschnationalen Rittergutspächters Steinicke (Gut Streithof bei Stettin) durch SA-Leute

am 31. Dezember 1932. Angeklagt wegen Raubmords: die Stettiner SA-Leute Brauns, Duchateau, Köhler und Schulze und die Frau des Hauptangeklagten und Anstifters Köhler.

Echte SA-Leute.

Vorsitzender: Waren Sie politisch organisiert?

Duchateau: Ja, in der NSDAP.

Vorsitzender: Wo lernten Sie den Hauptangeklagten Köhler kennen?

Duchateau: In der SA.

Vorsitzender: Mit Köhler zusammen waren Sie dann auch an dem Attentat auf den sozialdemokratischen „Volksboten“ beteiligt?

Duchateau: Ja.

Vorsitzender: Was taten Sie hinterher?

Duchateau: Ich wurde von der nationalsozialistischen Partei zunächst in ein Bad und dann nach Dessau geschickt. ... Eines Tages im Dezember sagte Köhler zu mir, er wisse eine Stelle, wo Geld zu holen sei. Da gehe einer mit einer Kasse über den Hof, und wir brauchten weiter nichts zu tun, als ihn mit dem Gummiknüppel über den Kopf oder Arm zu schlagen und ihm das Geld abzunehmen.

Vorsitzender: Und was sagten Sie darauf?

Duchateau: Ich sagte: Wenn's weiter nichts ist, dann mache ich mit.

Vorsitzender: Woher kennen Sie Brauns?

Duchateau: Den lernte ich beim Attentat auf den „Volksboten“ kennen. ... Am 17. Dezember wollten wir erstmalig den Versuch zu einem Ueberfall auf Streithof machen. Am 16. Dezember sprachen wir den Plan genau durch. Dabei sagte Köhler zu mir: Nimm einen Revolver mit, damit wir eventuell einen Schreckschuß abgeben können. —

Die Ausführung des Raubs: Die vier führen mit Auto bis vors Dorf. Köhler, Brauns und Duchateau gingen ins Dorf. Brauns und Duchateau gingen in den Raum, in dem Steinicke die Löhne auszahlte. „Hände hoch!“ Brauns schoß auf Steinicke, der sich erheben wollte, aber tödlich getroffen zusammenbrach. Brauns riß die Kassetten an sich; die beiden ergriffen gemeinsam mit Köhler, der vor der Tür gewartet hatte, die Flucht. Die Beute von 65 Mark wurde von den Räubern geteilt. Anschließend Silvesterfeier in einer SA-Kneipe.

Urteil: Für Köhler, Brauns und Duchateau lebenslängliches Zuchthaus und Aberkennung der Ehrenrechte auf Lebenszeit; für Schulze sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust; für Frau Köhler zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Auch dieses Urteil fordert zur Vergleichung mit dem Todesurteil gegen den Kommunisten Barth heraus.

Der Klassenkampf der Polizeiprääsidenten.

Demonstrationsverbote.

Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge sind der KPD und ihren Nebenorganisationen von einer Reihe Polizei- und Regierungspräsidenten bis auf weiteres verboten worden, so in Berlin (einschließlich der für Freitag angesetzten Lustgarten-Demonstration), Bochum, Regierungsbezirk Erfurt, Kassel.

Unterdrückung der Presse.

Dem Vier-Wochen-Verbot der kommunistischen „Freiheit“ in Düsseldorf und ihrer Kopfbücher im Rheinland ist ein Vier-Wochen-Verbot des Essener „Ruhrecho“ und seiner Kopfbücher „Kämpfer“ (Dortmund) und „Niederrheinische Arbeiterzeitung“

(Duisburg) gefolgt. Auch dieses Verbot hat der Düsseldorfer Regierungspräsident erlassen.

Das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet ist also einen Monat lang ohne kommunistische Zeitung.

Die Tageszeitung „Arbeiterzeitung für Schlesien“ und ihre Kopfbücher sind durch Verfügung des Regierungspräsidenten für 14 Tage verboten worden.

Die Mittwoch-Ausgabe der „Hamburger Volkszeitung“ wurde beschlagnahmt, weil sie aufforderte, das „Banner des Massenstreiks zu entfalten“. Ueber ein Verbot der Zeitung sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden.

Die gesetzliche Handhabe für diese Verbote bietet Schlei-

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unerschütterlicher Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kiepenhauer Verlag AG, Berlin.

Funk berichtet, daß er vom Verbandsplatz komme und einen Brief von Assistenzarzt Model für Oberarzt Lipp bei sich trage. „Was steht denn drin?“ fragt neugierig Malz, der immer ein schlechtes Gewissen hat und vermutet, über ihn selbst und seine Nachlässigkeiten könne von irgendeiner Seite her Klage geführt werden.

Funk behauptet, er wisse es nicht — obwohl er es ja halbwegs weiß.

„Haben S' ihn denn nicht aufgemacht unterwegs?“ staunt der Sergeant. „So mit dem Bleistift die Klappe entlang. Die klebt ja immer schlecht.“ Er scheint das Manöver für selbstverständlich zu halten.

Funk verneint und sieht Fieberthermometer in einer bräunlichen Flüssigkeit stehen — Flüssigkeit in einem Trinkglas, die Borwasser und „desinfizierend“ sein soll. Im Keller ist eine verbrauchte, verschwitzte, von Ausdünstungen und Ausatmungen verpestete, feuchtwarme Luft, die aus etwa fünfzehn belegten Betten aufsteigt.

Malz ahnt wohl, der abgemagerte, übernächliche Krankenträger vor ihm mit der grauen Gesichtsfarbe könne selbst Gegenstand des geheimnisvollen Briefes sein. Er sagt: „Sie treffen's nicht gut. Der Lipp ist elend schlechter Laune. Immer, wenn er so spät zur Visite kommt, statt um neun Uhr morgens um zwölf Uhr mittags, ist er ganz narrisch. Weiß der Henker, wo er sich wieder herumtreibt.“

„Herr Oberarzt Lipp treibt sich herum?“

„Ja, in den Gärten schleicht er umeinander und schaut nach dem Gemüse, in Glaskästen zieht er Salat, oder er fischt und fängt nix, oder er legt Schlingen für die Hasen.“

Der Sergeant will weiteres ausführen, da kommt der Bededete selbst. Funk sieht die Kellertreppe herunterstapfen ein paar leicht gekrümmte eilige Beine in ledernen Reitgamaschen und furchtbar kotigen Stiefeln, dann taucht eine hagere sehnliche Gestalt tiefer, zuletzt wetterleuchtet gelblich ein galliges Chole-rikergesicht mit schwarzem Bärtchen in den düsteren Raum. „Rapport, Malz!“ verlangt eine hohe, harte, befehlsgewohnte Stimme. „Schauen S', daß wir fertig werden!“

Er sagt es, als sei man schon durch Stunden an der Arbeit. Und sie werden schnell fertig. Funk ist in eine Ecke getreten; er wird vorerst nicht beachtet. Der Sergeant legt seinem Arzt eine Reihe von bekrizelten Zettelchen vor, die er unterschreibt, ohne sie zu lesen. Sie betreffen Anordnungen für weitere Behandlung einiger Kranker.

„Noch was?“ fragt Lipp, während er ein paarmal die gleiche schwunghafte Handbewegung vollführt, um seinen Namen zu formen.

„Der Sonn Michael, Maschinengewehrkompanie, hätt' vierzig Komma zwei.“

„Lazarett“, entscheldet Lipp und unterschreibt ein Papier-tüfelchen. „Bauch oder Brust?“

„Brust, Herr Oberarzt.“

„Gut. Pneumonie mit Fragezeichen. Noch was?“ Er ist schon auf der Treppe.

„Ein Krankenträger vom Verbandsplatz wär' da, mit einer Meldung.“

„Herrgottsakrament! Gell, seids so gut, und halts mi net lang auf. — Wo ist er?“

Funk tritt vor und händigt den Brief aus.

Lipp schaut ihn an. „Wie heißen Sie? Warum kenne ich Sie nicht?“

„Friedrich Funk, von der achten Kompanie.“

„Ein Neuer, Herr Oberarzt“, mischt Malz sich ein. „Ersatz aus der Heimat.“

Lipp hat den Brief erbrochen und überflogen. „Von der achten Kompanie — und seit Wochen beim Regiment? Was fällt Ihnen ein, sich erst heute bei mir zu melden? Wissen Sie nicht, daß ich Ihr Bataillonsarzt bin? Ich habe Lust, Sie bestrafen zu lassen.“

„Es hat mir niemand gesagt, daß ich mich bei Herrn Oberarzt melden muß.“

„Schschsch“, macht heimlich der Sergeant im Hintergrund und läßt verdeckte Winkzeichen zu Funk hingehen.

Aber Lipp wettet schon los: „Das haben Sie nicht gewußt, so? Sind Sie militärisch nicht vorgebildet, haben Sie Ihre Ausbildung auf dem Mond genossen? Freilich, heute können Sie dahergelaufen kommen, weil Sie sich vom Dienst drücken wollen. Einen Monat im Feld, und haben schon endgültig genug, wie? Wir stehen ein Jahr in der Scheiße und machen weiter. Nix da. Mein Lieber, Sie werden auch weitermachen, ich garantier' Ihnen.“

„Ich habe mich gar nicht krank gemeldet. Herr Assistenzarzt hält mich für ungeeignet zum schweren Trägerdienst.“

Der Sergeant winkt verzweifelter.

„Herr Dr. Model soll mich — in Ruhe lassen. Er ist zu nachgiebig euch Burschen gegenüber. Junge Aerzte fallen auf jede jämmerliche Fratze herein, auf jedes Komödiantengetu der Drückeberger. Puls!“

Funk reicht den Arm hin.

„Rock auf! — Nein, nicht ausziehen. Unnötig.“ Lipp legt das Ohr an die behemdete Brust. „Völlig gesund. Leichte nervöse Erscheinungen. Glauben Sie, daß wir jeden Nervenfatke in Watte packen können? Felddienst ist für Sie ausgezeichnet. Ab. Macht seinen Kram auf dem Verbandsplatz ausgiebig. — Malz, morgen um acht.“

(Fortsetzung folgt.)

